



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die 55. Münchener Sicherheitskonferenz am vergangenen Wochenende hat verdeutlicht, wie groß der Bedarf an intensivem Austausch über die weltweiten Krisen und Konflikte ist.

Deshalb habe ich in meiner Eröffnungsrede auf die Notwendigkeit und die großen Vorteile von Partnerschaften hingewiesen. Wir brauchen Partner in einer Welt, die zunehmend von Veränderungen geprägt ist. Wir erleben derzeit gewaltige Veränderungen – im technologischen Fortschritt, im Klimawandel, in der Verteilung von Wohlstand und im Gleichgewicht der Mächte. Diese Veränderungen bergen Unsicherheit, aber sie bringen auch Chancen. Denn alle Staaten streben nach Partnern, um diese Möglichkeiten auszuschöpfen – und damit ihre Bürgerinnen und Bürger vor Risiken schützen. Das kann keinem Staat allein auf nationaler Ebene gelingen.

Deutschland setzt mit der NATO und der EU auf echte Partnerschaft. Sie beruht nicht auf Dominanz. Sie schafft keine politische und wirtschaftliche Abhängigkeit. Diese Partnerschaft macht uns vielmehr stark und souveräner. Denn in unserer Partnerschaft stehen Interessen und Werte im Einklang. Wir setzen uns für die Freiheit und die Menschenwürde ein und streiten für die Demokratie sowie einen funktionierenden Rechtsstaat.

Und weil wir in der NATO nicht nur Partner sondern enge Verbündete sind, müssen wir die Lastenteilung gerechter gestalten. Dafür müssen wir Europäer mehr einbringen. Das gilt besonders für uns Deutsche. Wir halten am 2 Prozent-Ziel fest. Das haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt und so haben wir es auch der NATO zugesichert. Aber wir Europäer tun bereits mehr. So haben wir die ersten Schritte auf dem Weg zur europäischen Verteidigungsunion gemacht. Damit werden wir die Fragmentierung unserer Streitkräfte überwinden. Diese neuen gemeinsamen europäischen Fähigkeiten werden ebenfalls unmittelbar der NATO nutzen.

Zu einer echten Partnerschaft gehört allerdings nicht nur Fairness in der Lastenteilung. Nein, für uns ist klar: Das gilt auch und ganz besonders für die politische Entscheidungsfindung. Nur wenn wir gemeinsam vorgehen und handeln, gewinnen wir an Überzeugungskraft. Gemeinsam rein – gemeinsam raus: Diese Maxime wird auch in Zukunft für die Missionen gelten.

Zu meiner Eröffnungsrede auf der Münchener Sicherheitskonferenz gelangen Sie unter dem nachfolgenden Link: <http://kurzelinks.de/s5ui>

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin



Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 18. Februar bis 22. Februar 2019

Umsetzungsstrategie der Bundesregierung

Um den digitalen Wandel in Deutschland erfolgreich zu gestalten, hat die Bundesregierung im Rahmen einer Umsetzungsstrategie zur Digitalisierung Schwerpunktvorhaben der einzelnen Ressorts zusammengestellt. Federführend für die konkreten Einzelvorhaben bleiben die jeweiligen Ressorts. Ziel der Vorhaben ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern und unser Land innovativer zu machen. In der Strategie benennt die Bundesregierung fünf Handlungsfelder: Digitale Kompetenz, Infrastruktur und Ausstattung, Innovation und digitale Transformation, Gesellschaft im digitalen Wandel und moderner Staat. Das Handlungsfeld „Sicherheit“ ist als Querschnittsthema Bestandteil aller genannten Handlungsfelder und Maßnahmen. Vorhaben im Bereich „Digitale Kompetenz“ sind beispielsweise der Digitalpakt Schule sowie im Handlungsfeld „Moderner Staat“ die Einführung von BAföG-Online.

Deutsche Streitkräfte in Afghanistan

Der Bundestag hat den Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Mandats für den Einsatz deutscher bewaffneter Streitkräfte im Rahmen der NATO-geführten Mission „Resolute Support“ in Afghanistan beraten. Ein hinreichend stabiles Afghanistan, von dem keine Bedrohung ausgeht, bleibt neben dem Aufbau legitimer und stabiler Staatlichkeit ein wesentliches deutsches Interesse. Deutschland ist zweitgrößter bilateraler Geber, derzeit zweitgrößter Truppensteller und Rahmennaution für den Norden des Landes. Die Dauer des vorliegenden Mandats ist auf 12 Monate bis zum 31. März 2020 begrenzt. Die personelle Obergrenze liegt unverändert bei 1300 Soldatinnen und Soldaten.

Fragestunde und Regierungsbefragung

Im vergangenen Jahr haben verschiedene Gespräche mit dem Ziel stattgefunden, einen interfraktionellen Konsens zur Neustrukturierung von Regierungsbefragung und Fragestunde im Deutschen Bundestag zu erreichen. Nachdem ein solcher fraktionsübergreifender Konsens nicht erreicht werden konnte, hat die Koalition einen Vorschlag eingebracht, mit dem die Regelungen zur Regierungsbefragung im Sinne des Bundestags deutlich erweitert werden. Er sieht nun auch in der Geschäftsordnung vor, dass sich Bundeskanzler einer turnusmäßigen Befragung stellen müssen, welche dreimal im Jahr stattfinden soll. Darüber hinaus erhält der Bundestag künftig die Tagesordnung des Kabinetts vor der Regierungsbefragung. Die Regierungsbefragung soll in Zukunft 60 statt bisher 30 Minuten dauern.

Deutsche Streitkräfte in Darfur

Die Bundesregierung bittet den Bundestag um Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Friedensmission in Darfur. Es liegt im deutschen Interesse, zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Region beizutragen. Die Bundesregierung sendet durch die Fortsetzung ihres Engagements ein wichtiges Signal zur Unterstützung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union, ebenso wie an die Menschen in Darfur. Das Bundestagsmandat soll bis zum 31. März 2020 verlängert werden, wobei die Mandatsobergrenze von 50 Soldatinnen und Soldaten bestehen bleibt.

Deutsche Streitkräfte in Südsudan

Der Bundestag beriet den Antrag zur Verlängerung des auslaufenden Mandats zur Beteiligung der Bundeswehr an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan. Dieses Mandat umfasst den Schutz von Zivilpersonen, die Schaffung förderlicher Bedingungen für humanitäre Hilfe, Beobachtungs- und Untersuchungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte sowie die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens. Der deutsche Beitrag für UNMISS, welcher auf

maximal 50 Soldatinnen und Soldaten begrenzt bleibt, soll weiterhin darin bestehen, sich mit Personal in den Führungsstäben der Mission sowie mit Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren zu beteiligen.

Deutsche Streitkräfte im Mittelmeer

Das Plenum beriet den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN. Das Mandat soll bis zum 31. März 2020 verlängert werden und die personelle Obergrenze wird auf unverändert 650 Soldaten festgelegt. SEA GUARDIAN hat die Möglichkeit, verdächtige Schiffe zu kontrollieren und zu durchsuchen. Mit der Missionen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur See-raumüberwachung, zum Lagebildaustausch, zum maritimen Kampf gegen den Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels.

Aus dem Wahlkreis

Kreisparteitag

Der Kreisparteitag der CDU Hannover-Stadt hat mich am Donnerstag erneut als Delegierte für den Bundesparteitag gewählt. Ich freue mich sehr über das Vertrauen.



Meine Reden

Meine Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz (16. Februar 2019):

<http://kurzelinks.de/s5ui>

Meine Rede im Deutschen Bundestag zu „Resolute Support“ (21. Februar 2019):

<http://kurzelinks.de/l4k3>

In den Medien

Mein Interview mit dem ZDF heute journal über die NATO (15. Februar 2019):

<http://kurzelinks.de/pnd1>

Mein Interview mit #yourmsc über meinen politischen Weg und aktuelle Sicherheitspolitik (17. Februar 2019):

<http://kurzelinks.de/vk2e>

Mein Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung über die Münchener Sicherheitskonferenz (18. Februar 2019):

<http://kurzelinks.de/liwd>

Mein Interview mit der BILD-Zeitung in „die richtigen Fragen“ (18. Februar 2019):

<http://kurzelinks.de/sqoz>

Münchener Sicherheitskonferenz



Eröffnungsrede auf der Münchener Sicherheitskonferenz

Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundeswehr
CDU: Tobias Koch; MSC: Mueller

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de
www.instagram.de/ursulavonderleyen